

# Viele suchen sich ihr Domizil selbst

Stadt nimmt weniger Flüchtlinge in der GU auf, bringt aber im Anschluss über dem Soll unter / Integrationsarbeit wird verstärkt

Von Ingrid Böhm-Jacob

RHEINFELDEN. Die Zahl der Flüchtlinge hat sich deutlich reduziert. In den Gemeinschaftsunterkünften Römerstraße und Schildgasse wurden 318 Menschen im Jahr 2018 untergebracht, zwei Jahre zuvor waren es mit der GU Schwörstadt noch 700. Dennoch geht der Stabstelle für Integration die Arbeit nicht aus, denn bei Unterbringung Geflüchteter mit Bleibeperspektive ist die Stadt gefordert. Der Hauptausschuss sprach sich deshalb für eine personelle Aufstockung des Managements aus. Zuschüsse und Landesmitteln gelten im laufenden Jahr dafür als gesichert.

Mit detaillierten Zahlen und Fakten wartete Bürgermeisterin Diana Stöcker im Hauptausschuss auf. Dabei zeigte sich, dass Rheinfelden schon viel mehr Menschen aufgenommen hat, als der Kreis in den vergangenen drei Jahren vorgegeben hat. Dabei erstaunte die Gemeinderäte, dass 80 Prozent der Geflüchteten, die Anspruch auf Unterbringung durch die Kommune haben, sich selbständig eine Unterkunft auf dem Markt besorgten. „80 Prozent der Geflüchteten haben eigene Mietverträge geschlossen“, teilte Stöcker zu den 208 Menschen in der Sitzung am Montag mit. Diesen Umstand führte sie auch auf „die große Tradition“ zurück, sich für Menschen mit Migrationshintergründen zu engagieren und den Freundeskreis Asyl, der mit vielen Bürgern vernetzt ist, die dann auch vermieten.

2017 kamen 118 Geflüchtete in Rheinfelden unter, zugewiesen wurden vom Kreis nur 78. Im Vorjahr hat die Stadt somit schon ihr Soll erfüllt, dennoch kamen weitere 40 Menschen neu dazu, so dass das städtische Integrationsmanagement 259 Personen betreut hat.

Das hat seit Eröffnung des Wohnprojekts in der Werderstraße dort sein Büro. In dem Objekt sind 16 Wohnungen für Flüchtlingsfamilien zwischen 34 und 68 Quadratmeter sowie sechs für Menschen, die sonst obdachlos werden würden. Das Kontingent Werderstraße zählt zu den an-



**Bis Flüchtlinge einen Job haben und mit dem Leben vor Ort alleine klar kommen brauchen sie nach Erfahrung von Bürgermeisterin Diana Stöcker (mitte) mehrere Jahre Unterstützung.**

ARCHIV: VERANSTALTER

gemieteten Wohnungen, in denen die Kommune 51 Flüchtlinge (20 Prozent) mit Wohnraum versorgt.

## Pakt für Integration

Die Finanzierung des Integrationsbeauftragten (Steuerung und Koordination) und der Integrationsmanager (Sozialarbeiter) stellt sich bisher als gesichert dar. Dafür sorgen Förderprogramme für konkrete Projekte und Maßnahmen, sowie Quotenberechnung und FAG-Mittel, so dass laut Stöcker mit dem Start der Stabstelle im Januar 2017 bis Ende Dezember 2020 „alle Kosten für Personal- und Sachausgaben“ vom Land Baden-Württemberg übernommen sind oder „durch weitere eingeworbene Fördermittel abgedeckt“ sind. Die Stadt hat über die Jahre „über eine Million Euro vom Land an Mitteln bekommen“, stellte sie fest, und sich bisher nicht finanziell für die Integrationsaufgaben einbringen müssen. Offen sei allerdings wie es nach 2020 weitergehen wird, kündigte die Bürgermeisterin an, weil es dazu vom Land noch

keinerlei Aussagen gebe. Das Land empfehle als Maßstab einen Betreuer auf 80 Menschen, einer auf 150 erscheine nicht machbar. Die Stadt wird bei der direkten Betreuung auf den Schlüssel ein Betreuer auf 100 Personen gehen, was einen dritten Integrationsmanager bedeutet, der im Zuge der Verwaltungsgemeinschaft auch für Schwörstadt aktiv ist. Im Ausschuss kam von Paul Renz (CDU) die Frage auf, ob Flüchtlinge nach zwei Jahren sich selbständig zurecht finden. Nach den Erfahrungen des Integrationsbeauftragten Ar-

min Zimmermann sei das nur sehr bedingt der Fall. Nur ein Viertel bis ein Drittel habe dann eine Arbeitsstelle. „Integration ist ein Marathonlauf.“ Auf Nachfragen von Alfred Winkler, wie lange denn Betreuung erforderlich sei, brachte Stöcker die Zahl von fünf Jahren ins Gespräch, bis die Leute „im Regelsystem“ ankommen. Vor der nächsten Haushaltsberatung möchte OB Klaus Eberhardt möglichst Klarheit haben, welche Kosten auf die Stadt in Zukunft zukommen, wenn die Integrationsarbeit weitergehen soll.

## INFO

### INTEGRATIONS MANAGEMENT

Für die Stellen kommunale Integrationsmanager sind für die Jahre 2018 bis 2020 Kosten von 336 000 Euro für Rheinfelden veranschlagt.

**Erstunterbringung** Asylbewerber in der GU Römerstraße im Jahr 2016: 150 (2016) und 114 (2018) in der GU Schildgasse 450 (2016) und 204 (2018)

208 Geflüchtete haben bis Ende des Jahres selbständig eine Anschlussunterbringung gefunden, von der Stadt eingewiesen wurden 51.

Für 2019 rechnet die Stadt mit Ausgaben von 190 000 Euro, die refinanziert werden.

An Mitteln für Projekte wurden bisher 140 000 Euro eingeworben.